Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 10

Artikel: Neues Licht auf die Politik des Dritten Reiches
Autor: Brügel, J.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337003

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

eines «friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerbes» die wichtigsten hochentwickelten kapitalistischen Länder in der Erstellung der Produktion, gerechnet auf die Kopfzahl der Bevölkerung, einzuholen und zu überholen. (Aus der Rede Bulganins.)

Die Sowjetführung *ignoriert* dabei völlig die natürlichen Wünsche und Bestrebungen der Menschen, indem sie sie wie eh und je zwingt, unter allen Umständen den Plan durchzuführen, wie ihn die Kreml-Gewaltigen aufzeichnen.

Das ganze System der Volksbildung ist bereits in einen Mechanismus verwandelt, der nach einem bestimmten Standardmuster die lebendigen Einzelteile der gewaltigen Regierungsmaschine fabrizieren soll. Die sowjetischen Berufsorganisationen, die als Treibriemen dem Interesse der Partei dienen, haben auf dem Gebiet der Berufsausbildung eine besondere Aufgabe erhalten. Über diese sagt *N. M. Schwernik,* der Vorsitzende der sowjetischen Gewerkschaften:

> «Im Zusammenhang mit der Kürzung des Arbeitstages müssen die Gewerkschaften gemeinsam mit den Organen der Wirtschaft das Niveau der Schulung steigern, ebenso auch die Leistung aller Arbeiter, Ingenieure, Techniker und derjenigen, die mit Erfolg auf dem Gebiet der neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik arbeiten.»

Die Kürzung des Arbeitstages in der Sowjetunion wurde mit allen zur Verfügung stehenden propagandistischen Mitteln verkündet, besonders von seiten der Gewerkschaften. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Schwernik, vergaß aber davon zu reden, daß die um zwei Stunden gekürzte Arbeitszeit der arbeitenden Masse keinen Vorteil bringt, denn die Arbeiter dürfen während dieser zwei Stunden nicht zu Hause sitzen, sondern müssen sie in theoretischen Vorträgen für ihre Fortbildung in den Vortragssälen und Laboratorien ihrer Betriebe verbringen.

J. W. BRUEGEL

Neues Licht auf die Politik des Dritten Reiches

Die bisher veröffentlichten Bände deutscher diplomatischer Dokumente aus der Hitler-Zeit und das Licht, das sie auf das Verhalten gewisser Repräsentanten der *Schweiz* dem Dritten Reich gegenüber werfen, haben bisher nahezu ausschließlich in der sozialdemokratischen Presse Beachtung gefunden. Unseres Wissens hat keine nicht-sozialdemokratische Zeitung oder Zeitschrift der Schweiz es bisher für nötig gehalten, zu dem Schweizer Funktionäre betreffenden Dokumentenmaterial kritisch Stellung zu nehmen. Auch der Bundesrat hat sich – abgesehen von der Flüchtlingspolitik – bisher in

Schweigen gehüllt. Einigermaßen abweichend war das Echo auf den im August 1957 in Amerika veröffentlichten zehnten Dokumentenband, der die kurze, aber schicksalsvolle Zeitspanne vom 23. Juni bis zum 31. August 1940 umfaßt[1]. Da darin einige Belege dafür vorkommen, in wie täppischer Weise die deutsche Diplomatie und die Gestapo sich des Herzogs von Windsor versichern wollten – also etwas, was weitere Kreise interessieren könnte –, sind auf dem Umweg über die Agenturen auch einige Auszüge aus diesem Band in die Tagespresse gedrungen, darunter auch verschiedene die Schweiz betreffende Dinge. Da aber wichtige Tatbestände dabei unberücksichtigt geblieben sind, wird es sich empfehlen, die Dinge hier im Zusammenhang darzustellen.

Göring will der Schweiz die Daumenschrauben ansetzen

Der Leser wird sich aus früheren Übersichten[2] erinnern, daß die Wirtschaftsdiplomaten Hitlers im Mai 1940 der Schweiz mit der Einstellung der Kohlenlieferungen drohten, falls diese sich den deutschen Erpressungen auf wirtschaftlichem Gebiet nicht zu fügen bereit wäre. Im zehnten Band der Dokumente ist nun eine Aufzeichnung über eine Sitzung abgedruckt, die unter Vorsitz Görings am 2. Juli 1940 stattfand. Alle Anwesenden sollen große Unzufriedenheit mit der Schweizer Haltung in Wirtschaftsfragen ausgedrückt haben, das heißt Unzufriedenheit darüber, daß die Schweiz nicht bereit war, ausschließlich Deutschland Rüstungshilfe zu gewähren. Am 3. Juni hatte Gesandter *Frölicher* eine «Verständigung» vorgeschlagen, «daß die schweizerische Rüstungsindustrie nach beiden Seiten hinaus ungefähr gleichviel Rüstungsmaterial liefere». Das war Göring offenkundig zuwenig, denn er verlangte, daß die Schweiz während der kommenden Verhandlungen «scharf angepackt» werde. Als man ihm berichtete, welche Aufträge die deutschen Unterhändler hatten, beruhigte er sich wieder, denn auch ohne sein Dazwischentreten hatte man sich schon für das «Scharf-Anpacken» entschlossen. Göring fügte nur hinzu, die Schweiz dürfe keine Kohle erhalten, solange sie nicht die ihr Ende 1939 und Anfang 1940 gelieferten Messerschmidt-Flugzeuge zurückstelle. *Wiehl*, der leitende Beamte der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes, bezeichnete das als eine vorwiegend politische Forderung, von der es zweifelhaft sei, ob man sie in Wirtschaftsverhandlungen zur Geltung bringen könne. Wiehl verlangte dann von Hans Richard *Hemmen*, einem der deutschen Unterhändler, einen Bericht darüber, wie man der Schweiz gegenüber vorgegangen sei und welche Konzessionen

---

[1] *Documents on German Foreign Policy, 1918—1945*, Series D, Vol. X. The War Years, Washington 1957.

[2] Siehe den Aufsatz des Verfassers «Das Dritte Reich und die Schweiz» im Heft 11/12 der «Roten Revue», Jahrgang 1956.

man von ihr erhalten habe, ohne die Frage der Flugzeuge mit den Kohlenlieferungen zu koppeln. Der infolgedessen verfaßten Denkschrift Hemmens vom 9. Juli 1940 zufolge hatten die Deutschen Ende April 1940 eine Reihe von Vorbedingungen für die Ausdehnung des bestehenden Clearingabkommens gestellt. So hatten sie die Unverfrorenheit, die Aufhebung des Bundesratsbeschlusses vom 14. Februar 1940 über die Belieferung der Kriegführenden zu verlangen, der für das Dritte Reich nicht günstig genug gewesen war. Dann verlangten sie die Übertragung von laufenden holländischen, belgischen und norwegischen Bestellungen von Kriegsmaterial oder den hiefür notwendigen Rohstoffen an Deutschland. Obwohl mit der Einstellung der Kohlenlieferungen gedroht worden war, hatte die Schweiz nur eine untergeordnete deutsche Forderung angenommen und sich wegen der anderen zurückhaltend verhalten; darauf seien die Kohlenlieferungen tatsächlich eingestellt worden. Als man am 15. Juni 1940 die Verhandlungen in Bern wieder aufnahm, habe die Schweiz aber – wohl unter dem Eindruck der Niederlage Frankreichs – die noch offenen Forderungen bedingungslos angenommen. Ein Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial (außer natürlich für Deutschland und Italien) sei von der Schweiz sofort erlassen worden. Sie habe auch den Transfer von 28 Millionen Franken an die Reichsbank vorgenommen, und das auch ohne die Aufhebung der Kohlensperre! Die Deutschen, die sich jetzt stark fühlten, stellten eine Reihe von unverschämten Bedingungen für die Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen. Was die Schweiz bisher an Aluminium nach England geliefert habe, müsse von nun an nach Deutschland gehen – das wurde schweizerseits sofort akzeptiert. Der Ausfuhr von Uhrenmechanismen, industriellen Diamanten und Rohstoffen aller Art dürfe keine Schranke gesetzt werden – das wurde ebenfalls angenommen. Dann verlangten die Deutschen größere Lieferungen von Werkzeugmaschinen und Kriegsmaterial aus der Schweiz unter Verwendung schweizerischer Rohstoffe; das wurde bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit schweizerischer Betriebe zugestanden. Alles für England und Frankreich erzeugte Kriegsmaterial müsse an Deutschland geliefert und die Ausfuhr von Werkzeugmaschinen und Kriegsmaterial an mit Deutschland im Krieg befindliche Staaten müsse verboten werden. Das war eine Art der Neutralität, die Göring schon besser gefiel! Überdies preßte man der Schweiz für die Zusage der Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen noch rasch einen Kredit in der Höhe des Wertes der Kohlenlieferungen ab. Hemmen war mit dieser Regelung sehr zufrieden. Sie bedeute, daß man für jede Tonne Kohle Lieferungen im gleichen Wert und überdies noch einen Kredit für die zusätzlichen Lieferungen erhalte. Er deutete an, daß man ohne weiteres mit Hilfe der Kohlenlieferungen oder ihrer Einstellung einen noch höheren Kredit erpressen könne, so daß ihm die Forderung nach Rückgabe der Flugzeuge in diesem Zusammenhang unangebracht erschien. Die Erfüllung der erpresserischen deutschen

Forderungen wurde schließlich am 9. August in einem Notenwechsel zwischen Seyboth, dem Nachfolger Hemmens, und Direktor *Hotz* bestätigt. Danach durften gewisse Waren aus der Schweiz auch nach dem unbesetzten Frankreich nur mit einer besonderen, im Einzelfall auszustellenden deutschen Bewilligung ausgeführt werden!

Ribbentrop entscheidet sich für Vorsicht

Aber auch damals scheint man im Dritten Reich gefühlt zu haben, daß man sich nicht ungestraft alles erlauben dürfe. So hat der Außenminister Ribbentrop am 16. Juli 1940 offenbar auf eine diesbezügliche Anfrage hin den Auftrag gegeben, von Vorstellungen bei der Bundesregierung in Bern wegen Wiederbewilligung einer nationalsozialistischen Landesgruppenleitung in der Schweiz und von Kreisleitungen abzusehen. Das würde nur der natürlich ganz grundlosen «Haßpropaganda» von der Fünften Kolonne Nahrung geben. Nach dem Krieg, meinte Ribbentrop, könne man sich diesbezüglich schon schadlos halten. Wenn ein Nazi aus der Schweiz ausgewiesen werde, würde man in jedem Fall zu Repressalien greifen, so wie man den Vorsitzenden des Schweizerklubs in Berlin, Dr. Schulz, ausgewiesen habe. Aber Ribbentrop war dagegen, daß man der Schweiz ganz allgemein mit Repressalien droht. Wenn sie nach der einen Richtung vielleicht einige Zeit etwas zurückhaltend waren, haben sich die Nazi in allen anderen Richtungen dafür gründlich ausgetobt!

Das Dritte Reich – die verfolgte Unschuld

Einen komischen Ton bringen die aufgeregten Proteste der Nazidiplomatie gegen einen am 25. Juli 1940 ausgegebenen Tagesbefehl des Generals *Guisan*. Was hatte denn Guisan Schreckliches gesagt?

> «... solange Millionen Menschen in Europa unter Waffen stehen und bedeutende Kräfte in der Lage sind, uns jederzeit anzugreifen, muß die Armee auf ihrem Posten verbleiben ... Unser Schicksal ist in unserer Hand. Schenkt jenen kein Gehör, die aus Unkenntnis oder bösem Willen defaitistische Berichte verbreiten ... Glaubt an unsere Stärke, mit der wir, wenn jeder von eisernem Willen erfüllt ist, wirkungsvollen Widerstand leisten werden ...»

Das sind Worte, die üblicherweise in Armeebefehlen stehen und in der damaligen Lage eine sehr nüchterne Betrachtungsweise verrieten. Der deutsche Gesandte *Köcher* in Bern berichtete aber darüber am 30. Juli mit allen Zeichen der Entrüstung nach Berlin. Für diese «erstaunliche Kundgebung» gebe es, schrieb er, keinen ersichtlichen Grund. Man sollte sofort, entweder mit Italien oder allein, eine Demarche beim Bundesrat unternehmen, um der Überraschung über eine solche «erneute Aufstachelung der Schweizer öffentlichen Meinung gegen Deutschland und Italien Ausdruck zu

geben». Der Bundesrat müsse für alle Exzesse (!) verantwortlich gemacht werden, die durch Guisans Erklärungen verschuldet worden sein mögen. Ribbentrop griff diesen Vorschlag sofort auf und beauftragte Köcher, in Bern zu intervenieren. Zugleich veranlaßte er über den deutschen Botschafter in Rom, daß auch Köchers italienischer Kollege in Bern dem Bundesrat gegenüber Entrüstung mimt. Bevor diese Schritte noch erfolgen konnten, setzte sich auch noch der Staatssekretär Weizsäcker in Berlin aufs hohe Roß und sagte dem Gesandten Frölicher, Guisans Bemerkungen hätten auf ihn einen ungünstigen Eindruck gemacht und würden sicher nicht ohne Folgen bleiben. Köcher sprach am 13. August bei Bundesrat *Etter* vor, der den abwesenden Bundespräsidenten Pilet-Golaz vertrat. Etter, der versprach, die Sache dem Bundesrat vorzutragen, meinte, seiner persönlichen Auffassung nach hätten Guisans Bemerkungen nicht den Sinn gehabt, den ihm die Deutschen beilegen. Damit nicht genug, erhielt Köcher noch am 26. August von Pilet-Golaz hochoffiziell die Versicherung, Guisan habe erklärt, man tue ihm mit der deutschen Auslegung unrecht. Er habe keineswegs Deutschland als möglichen Angreifer bezeichnen oder die öffentliche Meinung gegen Deutschland aufhetzen, sondern nur die Offiziere und Soldaten zur vollsten Pflichterfüllung ermahnen wollen. Gegen eine solche diplomatische Entschuldigung wäre ja weiter nichts einzuwenden, aber Köcher berichtete am gleichen Tage etwas wesentlich Ernsteres: Der Legationsrat von Bibra habe mit dem Direktorstellvertreter des Politischen Departements *Feldscher* gesprochen, der ihm davon Mitteilung gemacht habe, daß personelle Änderungen in der unmittelbaren Umgebung General Guisans zur Erwägung stünden. Ist ein Nazidiplomat die richtige Instanz, der man solche Eröffnungen über interne Angelegenheiten macht? Feldscher habe angedeutet, man werde Offiziere in die Umgebung Guisans bringen, die sich «mit Oberstleutnant Ilsemann (dem deutschen Militärattaché) besser verstehen würden». Stimmt das?

Noch in einem anderen Zusammenhang wird die Schweiz indirekt in diesem Band genannt. Fürst Max *Hohenlohe*, ein notorischer Naziagent, machte sich im Juni 1940 in Bern an den damaligen britischen Gesandten Kelly heran, um mit ihm im Auftrag Berlins über Friedensmöglichkeiten zu sprechen. Dieses Gespräch, dem ein weiteres im Dezember 1940 folgte, wurde von Professor *Burckhardt* und dem früheren schweizerischen Gesandten in London, *Paravicini*, vermittelt.

Länderschacher zwischen Stalin und Hitler

Der zehnte Band der deutschen diplomatischen Dokumente enthält vieles, was heute mehr amüsant als bedeutungsvoll ist. In dieses Kapitel gehören zum Beispiel Mussolinis aufdringliche Angebote italienischer militärischer Hilfe bei der beabsichtigten Invasion Englands; Hitler hatte allerhand Vorwände zu ersinnen, um sich dieser fragwürdigen Unterstützung zu erwehren.

Äußerst bemerkenswert sind aber die in dem Band veröffentlichten Dokumente, die das perverse Bündnis zwischen Stalin und Hitler in dem Zeitpunkt beleuchten, in dem die nazistisch-kommunistische Zusammenarbeit am engsten war. Im Sommer 1940 hat es die Sowjetunion für angezeigt gehalten, ihren Lohn dafür einzukassieren, daß sie Hitler ein Jahr vorher den Überfall auf Polen ermöglicht hat: sie eignete sich mit deutscher Zustimmung die Baltischen Staaten und große Teile des damaligen Rumänien an. Die meisten der dieses Kapitel betreffenden Akten sind bereits in der Sammlung «Nazi-Soviet Relations» (Washington 1948) abgedruckt, und ihr Inhalt ist daher keine Überraschung mehr. Aber erst das jetzt bekannt werdende Material ermöglicht es, ein abgerundetes Bild zu geben. Daß Rußland Estland und Lettland als Preis für die damals vereinbarte sowjetische Hilfe bei der Niederwerfung Polens erhalten sollte, war offenbar schon im August 1939 in Moskau zwischen Stalin und Ribbentrop besprochen worden. Das am 23. August 1939 abgeschlossene deutsch-sowjetische Geheimabkommen, dessen Existenz von Moskau auch heute noch nicht zugegeben wird, hat diese beiden Länder (sowie Finnland!) der russischen Einflußsphäre zugeteilt, während Litauen an die deutsche fallen sollte. Als Ribbentrop nach der Niederwerfung Polens am 28. September 1939 neuerlich in Moskau war, wurde ein neues Geheimabkommen geschlossen und von Molotow und Ribbentrop unterzeichnet, das Litauen nunmehr der sowjetischen Sphäre zuwies; nur ein Streifen längs der bisherigen deutsch-litauischen Grenze sollte an Deutschland fallen. Soweit sich feststellen läßt, wurde die Ausführung dieser Maßnahmen zwischen den beiden Partnern nicht weiter diskutiert; offenbar war jedem von ihnen alles klar. Obwohl die bisherigen Regime in den drei Baltischen Staaten den Nationalsozialisten zumindest geistesverwandt waren, haben diese nicht mit der Wimper gezuckt, als Moskau sich daranmachte, sich diese Länder zu unterwerfen. Die Proteste gegen die sowjetische Besetzung, die die Berliner Gesandten Litauens, Lettlands und Estlands wenigstens bei einem Beamten des Berliner Auswärtigen Amtes überreichen wollten, wurden ihnen als unzulässig zurückgestellt. Das einzige Interesse, das das Dritte Reich hier bekundete, war die Sicherung der deutschen wirtschaftlichen Interessen und die Möglichkeit, die Baltendeutschen zum Abtransport nach Deutschland zu zwingen. Moskau kam den Berliner Wünschen hier vollinhaltlich entgegen und machte nur in einer Sache Schwierigkeiten: den litauischen Gebietsstreifen, den man ursprünglich bei dem Schachergeschäft Deutschland zuerkannt hatte, wollte die Sowjetunion nicht herausgeben. Ribbentrop ließ Molotow fragen, was für einen Ersatz er dafür biete. Molotow sagte, man sei in Moskau im Prinzip zur Leistung einer Entschädigung bereit und erwarte die Bekanntgabe der deutschen Wünsche. So sprach der Vertreter eines Regimes, das sich rühmt, das Selbstbestimmungsrecht aller Völker bis zur letzten Konsequenz zu achten!

Ein wenig anders war es im Falle Rumänien. Molotow teilte am 23. Juni 1940 dem deutschen Botschafter mit, daß die Lösung der bessarabischen Frage keinen weiteren Aufschub vertrage. Die Sowjetregierung wünsche eine friedliche Regelung, sei aber entschlossen, gegebenenfalls Gewalt gegen Rumänien zu verwenden. (Auch als Molotow noch nicht in Acht und Bann getan war, hieß es in Moskau immer und immer wieder, die Sowjetunion strebe immer und überall nur friedliche Lösungen an!) Moskau wünsche nicht nur Bessarabien zu besetzen, sondern auch die ganze Bukowina. Letztere Forderung war bei den Zusammenkünften dieser Roßhändler nicht besprochen worden; darum fand Ribbentrop ein Haar in der Suppe. Gegen die Forderung nach Einverleibung Bessarabiens in die Sowjetunion hatte er keine Einwendung; sie war schon im August 1939 als Teil des Kaufpreises zugestanden worden, den die von niemandem befragten Völker zu entrichten hatten. Wegen der Bukowina machte man aber in Berlin Schwierigkeiten. Daraufhin ließ man in Moskau die Forderung nach der ganzen Bukowina fallen und begnügte sich mit dem nördlichen Teil und der Hauptstadt Czernowitz. Dafür handelte man das deutsche Versprechen ein, auf Rumänien einen Druck im Sinne der ultimativen sowjetischen Forderungen auszuüben. Nachdem Molotow Hitler darüber beruhigen ließ, daß man das rumänische Öl, das die Deutschen zur Kriegführung brauchten, ihnen weiter überlassen werde, zwang Hitler Rumänien zur Kapitulation vor Moskau.

Stalin füttert Hitlers Rüstungsmaschinerie

Der ungestörte Bezug rumänischen Öls war nicht die einzige sowjetische Hilfe für Hitlers Rüstungsmaschinerie. Auch nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion im Juni 1941 wurde deutscherseits betont, daß die Sowjetunion ihre Lieferungspflichten gegenüber Deutschland immer klaglos erfüllt habe. In dem nunmehr veröffentlichten zehnten Band deutscher diplomatischer Dokumente finden sich zum erstenmal urkundliche Beweise dafür, daß man sich in Moskau in Wirtschaftshilfe an das Dritte Reich geradezu überschlug. In einer ausführlichen Aufzeichnung vom 22. Juli 1940 stellte Gesandter Schnurre, Ribbentrops Fachmann für den Sowjethandel, fest, daß die Sowjetunion «insbesondere in den letzten zwei Monaten (das war während des Frankreich-Feldzuges!) besondere Anstrengungen in Transport und Produktion» gemacht habe, «um von uns dringend benötigte Rohstoffe zu liefern». Die Lieferungen von Getreide, Petroleum, Baumwolle, Grubenholz und Metallen seien von «bedeutendem Vorteil» für Deutschland gewesen. Während die Russen peinlich genau alle Lieferfristen einhielten – die Nichteinhaltung von Lieferfristen für den Eigenbedarf ist ein ständiges Lamento in der Sowjetpresse –, würden die Deutschen mit ihren Lieferverpflichtungen in der umgekehrten Richtung im Verzug sein. Von Februar bis Juni 1940 allein erhielt das Dritte Reich aus dieser Quelle 376 000 Tonnen Getreide

und 279 000 Tonnen Petroleum. Mehr als die dreifache Menge habe die Sowjetunion in der nächsten Zukunft zur Verfügung zu stellen versprochen. Was man den Deutschen nur von den Augen ablesen konnte, haben die Verfechter der Parole «Schlagt den Faschismus, wo ihr ihn trefft!» damals getan. Nach dem 11. Februar 1940 unterzeichneten Handelsvertrag hätte Rußland im Laufe eines Jahres 5000 Tonnen Kupfer, 1500 Tonnen Nickel und 450 Tonnen Zinn liefern sollen; aber die Gesamtheit aller dieser für die Kriegführung unentbehrlichen Rohstoffe war schon Ende Juni in deutscher Hand! Überdies hatte Stalin versprochen, den Deutschen auch Rohstoffe zu überlassen, die in dritten Staaten gekauft worden waren. Am 4. Juli 1940 teilte *Mikojan* — der als erster 1956 Zweifel an Stalin auf dem 20. Parteitag geäußert hatte – dem deutschen Botschafter mit, daß man Stalins Versprechen einhalten werde: die Hälfte der nichteisenhaltigen Metalle und der übrigen Rohstoffe, die Rußland seit Februar 1940 im Ausland gekauft habe, werde man Deutschland überlassen und die Einkäufe für Deutschland fortsetzen.

So hat Moskau die deutsche Rüstung direkt unterstützt, die sich alsbald gegen die Sowjetunion wenden sollte! Auch als man in Deutschland Angst bekam, daß das Nickel, das man bisher aus Finnland bezog, verlorengehen werde, seit die Nickelgruben in Petsamo durch den sowjetisch-finnischen Frieden an Rußland fielen, hat man sich beeilt, die Naziherrschaften zu beruhigen. Zwar versuchte man in Moskau, den deutschen Wunsch nach Einräumung von Konzessionen für Nickel auf die lange Bank zu schieben, sagte aber den Deutschen bereitwilligst zu, ihnen 60 Prozent der Nickelproduktion zu überlassen. In Berlin wurde das mit großer Freude aufgenommen.

Hitler entscheidet sich für den Angriff

Berlin behandelte die Sowjetunion mit ausgesuchter Höflichkeit. Für die Enge des Bündnisverhältnisses spricht zum Beispiel ein kleines Detail: Als man deutscherseits gefälschte Dokumente über die türkisch-britischen Beziehungen veröffentlichte, ließ man es sich angelegen sein, dem Berliner Berichterstatter der sowjetischen Agentur TASS das erste Exemplar zu überreichen. Inzwischen hatte aber Hitler schon seinen Entschluß zum Überfall auf die Sowjetunion gefaßt. Das konnte niemandem, der «Mein Kampf» gelesen und die nationalsozialistische Politik verfolgt hatte, überraschend sein – außer vielleicht jenen, die bis zum 22. Juni 1941 zu glauben schienen, sich Hitler vom Hals halten zu können, indem sie seine Kriegsvorbereitungen unterstützten, die man gegen andere gerichtet wähnte. Nicht der Entschluß Hitlers selbst ist interessant, aber sein Zeitpunkt und seine interne Begründung. Die bolschewistische These ist, daß Hitler in Wirklichkeit nichts anderes im Schilde führte, als im Auftrag der westlichen Imperialisten der Sowjetunion den Garaus zu machen. Nun stellt sich aber heraus, daß Hitler

die Sowjetunion angreifen wollte, um England besser schlagen zu können. Die Aufzeichnungen des Generals *Halder* über die Konferenz am 31. Juli 1940, bei der die Entscheidung zugunsten eines Angriffes auf den sowjetischen Bundesgenossen fiel, sind schon früher veröffentlicht worden[3], sind aber logischerweise in den vorliegenden Band wieder aufgenommen worden. Halder hielt folgende Äußerungen Hitlers fest:

> «Englands Hoffnung ist Rußland und Amerika. Wenn Hoffnung auf Rußland wegfällt, fällt auch Amerika weg, weil Wegfall Rußlands eine Aufwertung Japans in Ostasien in ungeheurem Maße verfolgt. Rußland ostasiatischer Degen Englands und Amerikas gegen Japan ... Rußland Faktor, auf den England am meisten setzt ... *Ist aber Rußland zerschlagen, dann ist Englands letzte Hoffnung getilgt* ...
> Entschluß: Im Zuge dieser Auseinandersetzung *muß Rußland erledigt werden.* Frühjahr 1941.
> Je schneller wir Rußland zerschlagen, um so besser ...»

Die Herrscher der Sowjetunion verschlossen aber die Augen vor den Tatsachen. Niemand Geringerer hat das bestätigt als *Chruschtschow* in seiner Geheimrede über Stalins Verbrechen, als er auf die Warnungen vor Hitlers Absichten zu sprechen kam, die Churchill Stalin zukommen ließ:

> «Stalin nahm jedoch von diesen Warnungen keine Notiz. Und was noch schlimmer ist: Stalin befahl, daß Informationen dieser Art kein Glauben zu schenken sei, um nicht den Beginn militärischer Operationen herauszufordern. Wir müssen feststellen, daß uns Informationen dieser Art, die sich auf eine drohende deutsche Invasion des sowjetischen Territoriums bezogen, auch über unsere eigenen militärischen und diplomatischen Quellen zugingen, aber wegen der Voreingenommenheit der Führung gegen solche Nachrichten war man ängstlich bei der Weiterleitung und zurückhaltend bei der Auswertung ...»

Im vorliegenden Band wird gezeigt, wie Stalin dem britischen Botschafter Stafford *Cripps* die kalte Schulter zeigte, als dieser ihm wieder einmal eine Warnung vor Hitlers Absichten brachte. Anfang Juli 1940 sagte ihm Stalin, er sehe keine Gefahr, daß ganz Europa vom Dritten Reich überrannt werde; auch glaube er nicht, daß die deutschen militärischen Erfolge eine Bedrohung der Sowjetunion darstellen. Der Sowjetgesandte in Washington, Umanski, sagte dem deutschen Geschäftsträger Thomsen am 23. August 1940, dem Jahrestag des Stalin-Hitler-Bündnisses, einige freundliche, diesem Anlaß gewidmete Worte, von denen Thomsen den Eindruck hatte, daß sie ehrlich gemeint seien. Dort, wo man sich unbeobachtet glaubte, gab man sich etwas weniger naiv. *Kalinin,* nominelles Staatsoberhaupt, aber ein Mann ohne Bedeutung und Einfluß, sagte dem jugoslawischen Gesandten in Moskau, daß ihm die Methoden nicht gefielen, die die Deutschen beim Handel mit Jugo-

---

[3] Gerhard L. Weinberg, *Hitlers Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion,* Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München, Oktober 1953, S. 301—318.

slawien anwenden. Die Deutschen würden immer mehr und mehr verlangen, und man müsse das bekämpfen. Auch Molotow sagte dem gleichen Diplomaten, die Deutschen würden nicht alles erreichen, was in «Mein Kampf» niedergelegt ist; das deutsche Volk sei «nicht gut». Berichte über diese Gespräche, die der jugoslawische Gesandte nach Belgrad sandte, wurden von den Italienern aufgefangen und von diesen an die Deutschen weitergeleitet.

Offiziell tat man aber in Moskau alles, um Hitler und Konsorten bei guter Laune zu erhalten. Ein kleiner Betriebsunfall ereignete sich in Riga, das damals erst einen Monat Hauptstadt einer Sowjetrepublik war, so daß noch nicht alles am Schnürchen ging. Ein lettisches Blatt hatte geschrieben, daß die Waffenstillstandsbedingungen den Franzosen deutscherseits diktiert worden waren. In Berlin war ob dieser Kritik am deutschen Vorgehen Feuer im Dach. Ribbentrop ließ sich den sowjetischen Botschafter Schkwarzew kommen, um ihm mitzuteilen, daß man sich solche «Hetzartikel» nicht gefallen lassen werde; sie müßten in Hinkunft unterdrückt werden. Wenige Tage später erschien Schkwarzew mit der Mitteilung aus Moskau, man habe Auftrag in Lettland gegeben, ähnliche Dinge von nun ab zu unterdrücken . . .

Drei weitere Dokumentenbände angekündigt

Die Arbeit der Gruppe amerikanischer, englischer und französischer Historiker, die seit Jahren das den Alliierten in die Hände gefallene Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes bearbeiten, ist angesichts der Fülle des Materials viel breiter geraten, als man ursprünglich angenommen hat. Schon vor einiger Zeit wurde die Veröffentlichung der Dokumente in der Ursprache, nämlich der deutschen, eingestellt. Nun wird bedauerlicherweise bekanntgegeben, daß man von der Absicht abgekommen ist, alles Wesentliche aus der Zeit bis 1945 zu veröffentlichen. Die Veröffentlichungen sollen zeitlich mit dem Dezember 1941 abgeschlossen werden, also bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten reichen. Der Zeit vom September 1940 bis zum Dezember 1941 werden die Bände XI, XII und XIII gewidmet sein, die weiteres interessantes Material über die Haltung der Sowjetunion gegenüber Hitler-Deutschland enthalten dürften. Außerdem wird jetzt das allmähliche Erscheinen von sechs Bänden angekündigt, die den Zeitraum von 1933 bis 1937 umfassen werden, der in den bisherigen, mit 1937 einsetzenden Veröffentlichungen unberücksichtigt geblieben ist. Alle wichtigen deutschen diplomatischen Dokumente von 1867 bis 1945 sollen der Forschung, aber in Form von Mikrofilmen, zugänglich gemacht werden.